

ÖKOWELT



FOTO: ERICH WESTENDARF/PIXABAY

Die Landwirtschaft ist in Luxemburg für 30 bis 50 Prozent der Ewigkeitschemikalie TFA verantwortlich.

EWIGKEITSCHEMIKALIEN

Abwarten und TFA trinken

Joël Adami

Nach jahrelangem Zögern und Zaudern veröffentlicht die Regierung endlich den Bericht ihrer Ewigkeitschemikalien-Arbeitsgruppe. Der bestätigt die bisherigen woxx-Recherchen zum Thema – und zeigt, wie wenig Handlungsbereitschaft vorhanden ist.

Eigentlich könnte man sagen, die Arbeitsgruppe zwischen Umwelt-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium sei früh dran. Als Umweltminister Serge Wilmes (CSV) am 16. Oktober 2024 der Umweltkommission des Parlaments versprach, diese veröffentlichte „vielleicht schon im Dezember“ einen Bericht, hat er schließlich kein Jahr genannt. Die woxx hatte noch im vergangenen Juni „vor den Sommerferien oder gleich danach“ als Datum genannt bekommen. Am vergangenen Mittwoch war es nun soweit: Wilmes präsentierte der Umweltkommission das Dokument, wenig später wurde es auch veröffentlicht.

Das Dokument über das Ausmaß der Kontaminierung mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Luxemburg ist 69 Seiten lang, wovon die meisten Anhänge sind. Der Hauptteil gibt einen Überblick über die Situation in Luxemburg, wobei sich die Erkenntnisse mit den Recherchen der woxx im vergangenen Sommer decken: Ewigkeitschemikalien sind in allen Lebensbereichen und überall in Luxemburg zu finden („Auf immer und ewig“, woxx 1845). Neben Grund- und Oberflächenwasser sind auch Lebensmittel und Trinkwasser belastet. Eine Karte zeigt auch, dass die Belastung des Trinkwassers je nach Gemeinden sehr unterschiedlich ist – ländliche Gemeinden, die ihre eigene Trinkwasserversorgung haben, sind oft besonders stark betroffen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Trifluoracetat (TFA). Es handelt sich dabei um einen der wichtigsten Stoffe aus der PFAS-Gruppe, da die allermeisten der Ewigkeitschemikalien zu dem wasserlöslichen TFA zerfallen. Es ist extrem stabil und mobil, nur sehr schwer abzubauen und deswegen langlebig. Die Arbeitsgruppe sieht bisher noch keinen Grund, den vorläufig festgelegten „Orientierungswert“ für den Stoff zu verschärfen, warnt jedoch davor, dass dies durch eine Neubewertung der europäischen Chemikalienbehörde Echa notwendig werden könnte. Statt dem Orientierungswert von 12 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$) könne dann ein Grenzwert von $0,1 \mu\text{g/l}$ gelten. Zwischen den Zeilen ist zu lesen, dass dies Luxemburg vor große Probleme mit der Trinkwasserversorgung stellen würde.

30 bis 50 Prozent TFA aus der Landwirtschaft

Die mit Spannung erwartete Liste der konkreten politischen Maßnahmen, mit denen die Verbreitung der Ewigkeitschemikalien Einhalt geboten werden soll, ist sehr klein. Von den 40 Aktionen, die die Arbeitsgruppe vorschlägt, befassen sich 16 mit weiteren Messkampagnen. Lediglich acht der Maßnahmen schlagen zögerlich eine Reduzierung von PFAS-Quellen vor. Das mag auch daran liegen, dass die Quellen in Luxemburg eher unklar sind.

Einer der Anhänge des Berichtes ist eine wissenschaftliche Analyse von zwei Mitarbeitern des Wasserwirtschaftsamts. Die haben versucht, mögliche Quellen von TFA in Luxemburg herauszufinden. Ihren Berechnungen zufolge stammen 30 bis 50 Prozent des TFA in Luxemburg aus der Land-

wirtschaft. Ein starker Einfluss konnte beim Wintergetreide festgestellt werden, für dessen Schutz die Pestizide Flufenacet und Diflufenican zugelassen sind („Unsichtbare Herkunft“, woxx 1846). Eine weitere landwirtschaftliche Quelle ist laut dem Bericht vermutlich organischer Dünger. Dies, weil Pflanzen und Tiere TFA nicht abbauen, sondern akkumulieren. So landet die Ewigkeitschemikalie im Dünger und wird dann entweder wieder im Nahrungskreislauf oder durch Erosion im Wasser aufgenommen. Dennoch ist kein Verbot der Pestizide, die sich zu TFA zersetzen, vorgesehen, sondern lediglich eine Reduzierung in Trinkwasserschutz-zonen. Immerhin schlägt die Arbeitsgruppe auch vor, sich auf europäischer Ebene für eine „Reduzierung PFAS-haltiger phytopharmakautischer Produkte, die die öffentliche Gesundheit und die Umwelt beeinflussen können“ einzusetzen.

Neben der Landwirtschaft dürfte die Hauptquelle für TFA in Luxemburg der Eintrag durch die Atmosphäre sein. Nachdem 1987 Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Kühlmittel verboten wurden, wurden andere fluorierte Gase (F-Gase) als Ersatz benutzt („Drum prüfe was sich hält“, woxx 1847). Die aktuell benutzte „vierte Generation“ der Kälte-gase zerfällt zu TFA, der sich durch den Regen überall auf der Welt verbreitet. Laut der NGO „ChemSec“ gehen so 60 Prozent der gesamten PFAS-Verschmutzung weltweit auf das Konto von F-Gasen. Daher schlägt die Arbeitsgruppe vor, deren Einsatz in Wärmepumpen und Klimaanlage-n wenn möglich zu reduzieren. Dabei ist jedoch auszugehen, dass die globalen Emissionen von F-Gasen, und damit auch der Eintrag von TFA, weiterhin steigen werden. Ein Einsatz für ein entsprechendes

internationales Abkommen schlug die interministerielle Arbeitsgruppe aber nicht vor.

Ihr Papier ist auch noch kein politisches Dokument, das irgendeine Form von Schlagkraft besäße, sondern lediglich eine Sammlung von Ideen. So ist ein Vorschlag, einen nationalen Aktionsplan zu verfassen. Welche der Ideen die Regierung umsetzen wird, steht also vorerst noch in den Sternen. Was sich allerdings bereits herauschält: PFAS stehen nicht weit oben auf der Prioritätenliste der Regierung. Zwei Jahre lang hat die interministerielle Arbeitsgruppe getagt, mit der Schlussfolgerung, dass mehr Beobachtung, Forschung und Sensibilisierung nötig sei. Warum zum Beispiel jetzt erst industrielle Nutzer von PFAS identifiziert werden sollen, ist nicht nachvollziehbar.

Dadurch, dass die Arbeitsgruppe viel länger als angekündigt gebraucht hat und keine Verbote von Pestiziden vorgesehen sind, liegt der Verdacht nahe, dass es Divergenzen zwischen den einzelnen Ministerien gab. Allerdings scheint es auch so zu sein, dass die Vertreter*innen des Landwirtschaftsministeriums sich in diesem Fall durchgesetzt haben. Das begeistert die Opposition nicht unbedingt. So sagte Déi Gréng-Abgeordnete Joëlle Welfring gegenüber dem Radiosender „100komma7“, ihre Partei wünsche sich ein Sofortprogramm gegen Ewigkeitschemikalien: „Ich finde, es wurde viel Arbeit bezüglich der Analytik gemacht. Das ist auch sehr wichtig, aber es reicht nicht. Man muss jetzt sehen, wo man wirklich eingreifen kann.“ Wie der Zeitplan der Regierung in Sachen PFAS in den nächsten Monaten aussieht, ist bisher nicht bekannt.